

Der direkte Draht

Plauen – Berlin

Ausgabe 10

2. November 2009

FDP



im Deutschen Bundestag

Themen in dieser Ausgabe:

Aktuelles aus der FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag

Das neue Kabinett

FDP schreibt Wahlversprechen im Koalitionsvertrag fest

Spiru Haret University of Bukarest arbeitet ohne Auflagen weiter

Warum sind die Züge Richtung Dresden so überfüllt?

In Krisenzeiten ein Neuanfang für unser Land

Nach dem großartigen Ergebnis zur Bundestagswahl waren die Koalitionsverhandlungen der Schwerpunkt in den ersten 4 Wochen nach der Wahl. Sie geben den Weg für eine Legislaturperiode vor und sind somit schon der Kompass für die nächsten Wahlen.

Ich glaube, dass man ungeschminkt sagen darf, dass wir bei den Koalitionsverhandlungen nach dem Motto vorgegangen sind: Versprochenes wird gehalten.

Wir haben in allen wesentlichen Punkten unsere Eckwerte im Koalitionspapier verankert und das Wählervertrauen gerechtfertigt.

Dieser Regierungsauftrag soll ein Neuanfang für unser Land werden. Er soll nicht nur kurzfristiges Krisenmanagement sein, sondern zugleich auch mittelfristige Planung für die nächsten 10 bis 15 Jahre darstellen. Die Soziale Marktwirtschaft ist dabei Grundlage all unseres Handelns.



Eine Demokratie der Mitte im Interesse der Perspektive unseres Landes und die Rechtsstaatlichkeit sind tragende Säulen. Viele Punkte des Koalitionsvertrages können Sie auf unserer Internet-Seite www.liberaled.de nachlesen.

Während bei den Inhalten keine Abstriche gemacht werden müssen, haben einige Personalentscheidungen doch zu Verwunderung geführt. So ist es auch aus meiner Sicht nach wie vor unverständlich, dass 20 Jahre nach der Deutschen Einheit kein Minister mit ostdeutscher Biografie aufwarten kann.

So erfreulich es für Sachsen ist, dass wir mit Jan Mücke aus Dresden einen Parlamentarischen Staatssekretär im Verkehrsministerium haben, so schade ist auf der anderen Seite, dass auch bei Fraktionsvorsitzender- und Stellvertreterwahl keiner aus Ostdeutschland zum Zuge kam. Dies betrifft aber nicht nur die FDP, sondern in gleichem Maße auch unsere Koalitionspartner. Die Union stellt entschieden mehr Minister und Staatssekretäre und hat außer der Kanzlerin nur 2 Staatssekretäre aus den neuen Ländern aufgeboten. *Ihr Joachim Günther*

Die FDP nach der Wahl - kurz und knapp berichtet

Die erste Sitzungswoche des 17. Deutschen Bundestages beginnt am 9. November 2009. Tags darauf wird Bundeskanzlerin Angela Merkel die erste Regierungserklärung dieser Legislaturperiode halten. Bis dahin sollen die 40 neuen Bundestagsabgeordneten der FDP-Fraktion, einschließlich ihrer Büros arbeitsfähig sein.

Der zum Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ernannte **Dirk Niebel** legte mit Wirkung vom 28. Oktober 2009 sein Amt als Generalsekretär der FDP nieder.

Birgit Homburger, die baden-

württembergische Landesvorsitzende, ist mit großer Mehrheit zur neuen Vorsitzenden der FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag gewählt worden. Der Landesverband Baden-Württemberg hatte während der Bundestagswahl das beste Einzelergebnis eingefahren. Frau Homburger tritt die Nachfolge von Dr. Guido Westerwelle an, der den Fraktionsvorsitz wegen seiner Ernennung zum Vize-Kanzler und Außenminister abgegeben hatte.

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende sind: **Carl-Ludwig Thiele**, **Dr. Heinrich Kolb**, **Gisela Piltz**, **Jürgen Koppelin**, **Miriam Groß** und **Ulrike Flach**.

Parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion sind: **Jörg van Essen**, **Christian Ahrendt**, **Otto Fricke** und **Dr. Claudia Winterstein**.

Dr. Herrmann Otto Solms wurde vom Parlament erneut zu einem der Vize-Präsidenten des Deutschen Bundestages gewählt.

Joachim Günther wurde von den 14 aus den neuen Bundesländern und Berlin stammenden Abgeordneten der Fraktion zum Landesgruppenchef ernannt. Schwerpunkt der Gruppenarbeit ist der Aufbau Ost.

FDP-Fraktion: Wir halten, was wir versprochen haben

Wahlaufruf vom 20. September 2009

„Deswegen wollen wir eine große Steuerreform mit fairen Steuersätzen für alle und werden damit sofort beginnen.“

„Unmittelbar nach der Wahl werden wir die Familien entlasten und die Kinder durch einen einheitlichen Grundfreibetrag in Höhe von 8004 Euro mit den Erwachsenen gleichstellen.“

„Wir werden die so genannte kalte Progression beenden, durch die kleinere und mittlere Einkommen immer stärker belastet werden.“

„Unmittelbar nach der Wahl werden wir die Fehler der Unternehmenssteuerreform beseitigen und in der Erbschaftsteuer Betriebsübergänge familienfreundlich gestalten.“

„Wir werden deswegen nach der Wahl die zersplitterte Bankenaufsicht in Deutschland neu ordnen und bei der unabhängigen Bundesbank ansiedeln.“

„Unmittelbar nach der Wahl wollen wir die unnötigen und unwirksamen Internet-Zensurmaßnahmen beenden.“

„Wir werden deshalb den Einsatz der Bundeswehr als Hilfspolizei im Innern verhindern.“

„Unmittelbar nach der Wahl werden wir uns für den Ausbau der kostenfreien vorschulischen Bildung einsetzen, die Pakte für mehr Studienplätze, Exzellenz und Forschung im Bundeshaushalt absichern und ein bundesweites Stipendensystem für Studierende fördern.“

„Wirksamer Umweltschutz gelingt nur mit einer vernünftigen Energiepolitik. Deswegen setzen wir auf erneuerbare Energien in einem breiten Energiemix. Wir wollen das Zeitalter der erneuerbaren Energien erreichen.“

„Rente ist kein Almosen. Wer ein Leben lang hart gearbeitet hat, der hat auch Anspruch auf eine gute Rente.“

Koalitionsvertrag vom 24. Oktober 2009

„Die Bürger empfinden aber nicht nur die Höhe der Steuer- und Abgabenlast als demotivierend, sondern auch die Kompliziertheit und Unklarheit des deutschen Steuerrechts. Deshalb wollen wir, dass Steuern ‚einfach, niedrig und gerecht‘ sind (...) Wir werden dafür sorgen, dass sich Arbeit lohnt, dass den Bürgern mehr Netto vom Bruttoeinkommen bleibt. Das Steuersystem und das Besteuerungsverfahren werden wir deutlich vereinfachen und für die Anwender freundlicher gestalten.“ (Seite 2)

„Der Kinderfreibetrag wird in einem ersten Schritt zum 1. 1. 2010 auf 7008 Euro und das Kindergeld um je 20 Euro erhöht.“ (Seite 2)

„Das bedeutet, dass durch die erweiterte Absetzbarkeit der Krankenversicherungsbeiträge und den Einstieg in die Beseitigung der kalten Progression eine Steuerentlastung in Höhe von rund 14 Milliarden Euro jährlich zum 1. 1. 2010 verwirklicht wird. (...) Wir werden insbesondere die unteren und mittleren Einkommensbezieher vorrangig entlasten und gleichzeitig den Mittelstandsbauch abflachen, indem wir den Einkommensteuertarif zu einem Stufentarif umbauen.“ (Seiten 2, 3)

„Um schnell und effektiv Wachstumshemmnisse zu beseitigen, werden wir unverzüglich mit einem Sofortprogramm zum 1. Januar 2010 beginnen. Die Verlust- und Zinsabzugsbeschränkungen sowohl für international aufgestellte Konzerne als auch für mittelständische Unternehmen werden entschärft. (...) Wir werden die Regelungen bei der Erbschaftsteuer entbürokratisieren, familiengerechter, planungssicherer und mittelstands-freundlicher machen.“ (Seiten 3, 5)

„Wir werden die Bankenaufsicht in Deutschland bei der Deutschen Bundesbank zusammenführen.“ (Seite 46)

„Vor Abschluss der Neubewertung werden weder nach dem Zugangserschwerungsgesetz noch auf Grundlage der zwischen den Providern und BKA abgeschlossenen Verträgen über Internetsperren Sperrlisten des BKA geführt oder Providern übermittelt.“ (Seite 97)

Einsatz der Bundeswehr im Innern in den Koalitionsverhandlungen erfolgreich abgewehrt.

„Wir werden Maßnahmen ergreifen, die es zudem Ländern, Wirtschaft und Privaten erleichtern, ihre jeweiligen Beiträge bis spätestens 2015 ebenfalls auf das 10-Prozent-Niveau anzuheben. (...) Wir wollen den Anteil der Stipendiaten mittelfristig von heute zwei auf zehn Prozent der Studierenden erhöhen. Die Stipendien sollen ausschließlich nach Begabung einkommensunabhängig vergeben werden. Hierzu werden wir gemeinsam mit den Ländern ein nationales Stipendienprogramm ins Leben rufen (...) Wir wollen das BAföG sichern und weiterentwickeln. (...) Gemeinsam mit den Ländern und den Hochschulen werden wir ein ‚Bologna-Qualitäts- und Mobilitätspaket‘ schnüren, das die Studienreform zügig voranbringt und die Qualität des Studiums und die Mobilität der Studierenden weiter verbessert. (...) Hochschulpaket, Pakt für Forschung und Innovation und Exzellenzinitiative werden fortgeführt.“ (Seiten 51, 52, 53 und 57)

„Wir gehen den Weg in das Zeitalter der regenerativen Energie. (...) Wir werden die erneuerbaren Energien konsequent ausbauen und die Energieeffizienz weiter erhöhen. Ziel ist es, dass die erneuerbaren Energien den Hauptanteil an der Energieversorgung übernehmen. Auf diesem Weg werden in einem dynamischen Energiemix die konventionellen Energieträger kontinuierlich durch alternative Energien ersetzt.“ (Prä 4, Seite 19)

„Rente ist kein Almosen. Wer sein Leben lang hart gearbeitet hat, der hat auch Anspruch auf eine gute Rente.“ (Seite 16)

FDP-Fraktion: Wir halten, was wir versprochen haben

Wahlaufruf vom 20. September 2009

„Unmittelbar nach der Wahl werden wir deshalb das Schonvermögen für Hartz-IV-Empfänger verdreifachen.“

„Deswegen wollen wir ein Bürgergeld einführen, das die Lebensgrundlage für alle sichert, die Hilfe benötigen.“

„Die FDP will einen Versicherungsschutz für alle. Wir wollen freie Arztwahl, freie Therapiewahl und freie Kassenwahl. Unmittelbar nach der Wahl wollen wir den Gesundheitsfonds abschaffen.“

„Unmittelbar nach der Wahl wollen wir mit unseren Verbündeten in Verhandlungen eintreten, um die in Deutschland stationierten Atomwaffen in der nächsten Legislaturperiode abzuziehen.“

Koalitionsvertrag vom 24. Oktober 2009

„Wir werden den Freibetrag beim Schonvermögen im SGB II, der verbindlich der Altersvorsorge dient, auf 750 Euro pro Lebensjahr wesentlich erhöhen.“ (Seite 74)

„Die Koalition nimmt sich vor, die vielfältigen und kaum noch überschaubaren steuerfinanzierten Sozialleistungen darauf hin zu überprüfen, ob und in welchem Umfang eine Zusammenfassung möglich ist. In diese Prüfung wird auch das Konzept eines bedarfsorientierten Bürgergeldes einbezogen.“ (Seite 75)

„Die Einheitskassen und ein staatlich zentralistisches Gesundheitssystem sind der falsche Weg, um die zukünftigen Herausforderungen bürgernah zu bewältigen. (...) Die Versicherten sollen auf der Basis des bestehenden Leistungskatalogs soweit wie möglich ihren Krankenversicherungsschutz selbst gestalten können. Wir wollen einen Einstieg in ein gerechteres, transparenteres Finanzierungssystem. (...) unsere Gesundheitsversorgung (und) sichert die Therapiefreiheit. Die freie Arztwahl durch die Patienten ist dabei Ausdruck eines freiheitlichen Gesundheitswesens (...)“ (Seiten 77, 78, 79)

„(...) werden wir uns dafür einsetzen, dass die in Deutschland verbliebenen Atomwaffen abgezogen werden.“

Die neue Ministerriege

Bundeskanzlerin: Angela Merkel (CDU)

Staatsminister im Kanzleramt: Maria Böhmer, Bernd Neumann und Peter Hintze (alle CDU)

Außenminister und Vize-Kanzler: Dr. Guido Westerwelle (FDP)

Staatsminister im Auswärtigen Amt: Cornelia Pieper und Werner Hoyer (beide FDP)

Kanzleramtsminister: Ronald Profalla (CDU)

Finanzminister: Wolfgang Schäuble (CDU)

Parlamentarische Staatssekretäre im Finanzministerium: Steffen Kampeter (CDU), Hartmut Koschyk (CSU)

Verteidigungsminister: Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU)

Parlamentarische Staatssekretäre im Verteidigungsministerium: Christian Schmidt (CSU), Thomas Kossendey (CDU)

Innenminister: Thomas de Maiziere (CDU)

Parlamentarischer Staatssekretär im Innenministerium: Christoph Bergner und Ole Schröder (beide CDU)

Justizministerin: Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP)

Parlamentarischer Staatssekretär im Justizministerium: Max Stadler (FDP)

Bildungs- und Forschungsministerin: Annette Schavan (CDU)

Parlamentarische Staatssekretäre im Bildungsministerium: Thomas Rachel und Helge Braun (CDU)

Minister für Verkehr, Bau und Wohnungswesen: Peter Ramsauer (CSU)

Parlamentarische Staatssekretäre im Verkehrsministerium: Enak Ferlemann (CDU), Andreas Scheuer (CSU), Jan Mücke (FDP)

Agrarministerin: Ilse Aigner (CSU)

Parlamentarische Staatssekretäre im Agrarministerium: Julia Klöckner (CDU), Gerd Müller (CSU)

Wirtschaftsminister: Rainer Brüderle (FDP)

Parlamentarische Staatssekretäre im Wirtschaftsministerium: Eckart von Klaeden (CDU), Hans-Joachim Otto und Ernst Burgbacher (beide FDP)

Gesundheitsminister: Philipp Rösler (FDP)

Parlamentarische Staatssekretäre im Gesundheitsministerium: Annette Widmann-Mauz (CDU und Daniel Bahr (FDP)

Minister für Arbeit und Soziales: Franz Josef Jung (CSU)

Parlamentarische Staatssekretäre in diesem Ministerium: Hans-Joachim Fuchtel und Ralf Brauksiepe (beide CDU)

Umweltminister: Norbert Röttgen (CDU)

Parlamentarische Staatssekretäre im Umweltministerium: Ursula Heinen und Katharina Reiche (beide CDU)

Entwicklungshilfeminister: Dirk Niebel (FDP)

Parlamentarische Staatssekretärin im Entwicklungshilfeministerium: Gudrun Kopp (FDP)

Familienministerin: Ursula von der Leyen (CDU)

Parlamentarischer Staatssekretär im Familienministerium: Hermann Kues (CDU)

Das aktuelle Thema

SPIRU HARET ARBEITET OHNE AUFLAGEN WEITER

Nach den sich zum Teil widersprechenden Meldungen in nationalen und internationalen Medien über die Spiru Haret University of Bukarest erklärt Joachim Günther, Mitglied der Deutsch-Rumänischen Parlamentariergruppe des Deutschen Bundestages:



„Nach einem Gespräch mit der Deutschen Botschaft in Rumänien am 22. Oktober ergibt sich für mich folgender Sachstand: Seit Anfang des Jahres tobt in Rumänien ein politischer Richtungsstreit auch auf dem Gebiet der Bildung im Zusammenhang mit den im November anstehenden Präsidentschaftswahlen. Die frühere Bildungsministerin hat versucht, gezielt Politik gegen private Bildungseinrichtungen – auch die Spiru Haret University of Bukarest – zu treiben und ist damit gescheitert. Sie musste zurücktreten.

In einem Urteil des rumänischen Berufungsgerichtshofes, das mir in beglaubigter deutscher Übersetzung vorliegt, wurde der

Universität Spiru Haret bestätigt, dass alle 31 Fakultäten rechtskräftig sind und die Abschlüsse anerkannt werden.

Es wurden bislang nach gleich lautender Auskunft von Uni und Botschaft keine Doktorarbeiten vergeben und verteidigt. Alle Abschlüsse erfolgten auf Diplom- und Magisterebene. Die Universität arbeitet gegenwärtig im gleichen Umfang weiter, und es gibt keinerlei staatliche Einschränkungen.

Wir als Deutsch-Rumänische Parlamentariergruppe werden die Entwicklungen im Zusammenhang mit der Spiru Haret Universität im Auge behalten, da ja die Vorsitzende unserer Gruppe, die Bundestagsvizepräsidentin Susanne Kastner (SPD), die Eröffnung der Uni-Außenstelle in Berlin vorgenommen hatte.“

Beschwerden wegen überfüllter Züge im Vogtland

Weil die Züge zwischen Plauen und Dresden chronisch überfüllt sind, wandten sich Plauener Bürger an den FDP-Bundestagsabgeordneten Joachim Günther, der vom Vorstand der Deutschen Bahn dazu eine Erklärung einforderte. Entsprechend dieser, die Herrn Günther heute schriftlich zugeht, ist die Bahn bemüht, ausreichend Sitzkapazitäten in den Zügen bereitzustellen. Die Reiseströme würden beobachtet und analysiert, um die Kapazitäten - wo möglich - anzupassen. Es wird allerdings darauf aufmerksam gemacht, dass das derzeitige Zugangebot den Bestellungen der Aufgabenträger im ÖPNV entspreche – auch denen des Zweckverbandes ÖPNV Vogtland.

Für die Überbesetzung der Züge zwischen Plauen und Dresden führt der Vorsitzende des Vorstands der Deutschen Bahn, Dr. Rüdiger Grube, jedoch mehrere Gründe an. Auf dem Streckenabschnitt, einem Teil der Franken-Sachsen-Magistrale, verkehre stündlich der Franken-Sachsen-Express im Wechsel mit den Regionalzügen der DB Regio AG Bayern. „Seit der Franken-

Sachsen-Express verkehrt, stellen wir eine kontinuierliche Veränderung des Reiseverhaltens fest.“ Das erschwere eine wirtschaftliche und zugleich aus Kundensicht zufrieden stellende Planung der Fahrzeugressourcen. In den vergangenen Jahren habe die Bahn die Umlaufpläne der Züge mehrmals pro Jahr ändern müssen. So auch dieses Jahr – besonders während der Ferien.

Nach Auskunft Dr. Grubes würden immer häufiger Gruppenreisen der Bahn vorher nicht angezeigt. Auch durch Bauarbeiten würden Reiseströme stark beeinflusst. So durch eine Totsperrung der Strecke Forchheim/Bamberg während der bayrischen Sommerferien. ICE-Züge der Linie Berlin – Leipzig – Nürnberg – München endeten damals in Nürnberg bzw. Bamberg oder wurden großräumig über Würzburg



umgeleitet. Deshalb seien viele Reisende in und aus Richtung Dresden und Leipzig auf den Nahverkehr umgestiegen.

Zudem habe der Zweckverband ÖPNV Vogtland die Zugleistung des Regional-Express 3704 auf der Strecke Hof – Leipzig im Abschnitt Hof – Reichenbach abbestellt. Dr. Gruber: „Dies führt zwangsläufig dazu, dass Fahrgäste aus Richtung München mit Ziel Leipzig im Hauptbahnhof Hof in die Züge des Franken-Sachsen-Express umsteigen, um dann in Reichenbach ihren Anschlusszug nach Leipzig zu erreichen. Die Auswirkungen dieses abbestellten Regionalverkehrs machen sich ganz